



Protokoll

Referenz/Aktenzeichen: COO.2180.109.7.297129 / 924/2018/00002

Datum:

21. November 2019

Für:

Mitglieder der beratenden Kommission / Cocosol
sowie weitere Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender Auflistung

Protokoll der 14. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol vom 22. Oktober 2019

Vorsitz:	Luzius Mader	Präsident Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM und ehem. Stv. Direktor Bundesamt für Justiz
Mitglieder:	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstellen
	Urs Allemann-Cafilisch	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener (Nachmittag abwesend)
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsidentin der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK)
	Christian Raetz	Leiter des «Bureau cantonal de médiation VD»
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
Entschuldigt:	Lisa Yolanda Hilafu	Präsidentin Zwangsadoption-Schweiz, Betroffene
Ex officio:	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
Protokoll:	Simone Anrig	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM

1. Begrüssung und Mitteilungen

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission zur heutigen Sitzung. Lisa Hilafu hat sich für die heutige Sitzung entschuldigen müssen. Sie hat jedoch vorgängig eine ausführliche, differenzierte Stellungnahme zu denjenigen Fällen abgegeben, welche der beratenden Kommission heute zur Diskussion unterbreitet werden (vgl. Ziff. 2.d). Der Präsident schätzt und verdankt ausdrücklich die wertvolle Arbeit.

Das Protokoll der letzten Sitzung der beratenden Kommission vom 27. August 2019 wurde bereits auf dem Zirkularweg genehmigt.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor ca. 14 Tagen an die Mitglieder versandt. Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten.

Der Präsident erwähnt unter dem Titel Mitteilungen, dass am 2. September 2019 die Schlussveranstaltung der Unabhängigen Expertenkommission (UEK) zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der administrativen Versorgungen stattgefunden habe, an der auch einige Mitglieder der beratenden Kommission anwesend waren. Die UEK hat mit ihrem Abschlussbericht auch diverse Empfehlungen veröffentlicht.¹

Am 6. September 2019 habe auf Einladung des Präsidenten in seiner anderen Funktion als Vertreter des Bundes in der Leitungsgruppe des NFP 76 für alle interessierten Bundesstellen und weitere Behördenvertreter (z.B. Vertreter interessierter Bundesämter sowie der UEK, Staatsarchive, kantonalen Anlaufstellen etc.) ein Informationstreffen zum Stand der (v.a. wissenschaftlichen) Aufarbeitung stattgefunden. Es sei dabei (neben den Arbeiten der UEK und des Fachbereichs) insbesondere über die im NFP 76 laufenden Projekte, deren Stand, sowie über das Konzept zum Wissenstransfer innerhalb des NFP 76 informiert worden.

Im Weiteren orientiert der Präsident darüber, dass am 16. Oktober 2019 eine Sitzung des Leitungsgremiums des NFP 76 stattgefunden habe, an der über die sog. „site visits“ informiert worden sei. Anlässlich dieser site visits lassen sich die Mitglieder des Leitungsgremiums jeweils von den Forschenden vor Ort über die laufenden Projekte informieren. Es habe festgestellt werden können, dass diese insgesamt gut laufen.

Schliesslich erwähnt der Präsident, dass das Bundesverwaltungsgericht im Bereich der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen am 7. Oktober 2019 ein erstes Urteil gefällt habe: Die Beschwerde eines mutmasslichen Verdingkindes, welches sein Gesuch verspätet (d.h. nach Ablauf der gesetzlich vorgesehenen Einreichfrist vom 31. März 2018) eingereicht hatte, wurde abgewiesen. Das Bundesverwaltungsgericht hielt in seinem Urteil fest, dass die Behörden an gesetzliche Fristen gebunden seien. Diese könnten deshalb grundsätzlich nicht erstreckt werden; eine Wiederherstellung der Frist sei nur in begründeten Ausnahmefällen möglich. Im konkreten Fall stellte das Gericht fest, dass die mangelnde Kenntnis der Rechtslage auch für eine im Ausland wohnhafte Person grundsätzlich kein Grund für die Wiederherstellung der Einreichfrist sei. Dem Beschwerdeführer sei es nicht gelungen, ausreichend darzutun, warum es ihm unmöglich gewesen sein soll, sich über die Rechtslage zu informieren. Gleichzeitig wies das Gericht aber auch auf die zurzeit laufenden politischen Bemühungen im Hinblick auf die Verlängerung/Aufhebung der Frist hin und hielt fest, dass der Beschwerdeführer gegebenenfalls beim BJ ein neues Gesuch werde einreichen können, sollten sich die Bemühungen später als erfolgreich erweisen.

Reto Brand informiert über diverse jüngste parlamentarische Vorstösse (eine Übersicht dazu werde den Mitgliedern der beratenden Kommission in den nächsten Tagen noch per E-Mail versendet). Inhaltlich gehe es im Wesentlichen um Folgendes:

¹ Siehe: <https://www.uek-administrative-versorgungen.ch/forschung/schlussbericht?filter=0>.

- Die Anrechnung des Solidaritätsbeitrages an das Vermögen bei der Berechnung der Ergänzungsleistungen EL (vgl. dazu auch Ausführungen im letzten Protokoll) werde als stossend empfunden und solle mittels einer Teilrevision des AFZFG rasch korrigiert werden: Die entsprechende Initiative 19.476 der Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates² (SGK-S) werde zurzeit mit Hochdruck behandelt und solle voraussichtlich bereits in der Wintersession (nach Möglichkeit in beiden Räten parallel) zur Beratung traktandiert werden. Die SGK-S werde voraussichtlich am 29. Oktober 2019 eine kurze Medienmitteilung dazu veröffentlichen. Ein ungelöstes Problem bleibe, dass damit wieder eine Ungleichbehandlung mit Opfern von Straftaten, welche eine Genugtuung gestützt auf das Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG) erhalten, entstehe. Denn diese Opfer könnten von der neuen Regelung nicht auch profitieren.
- In Bezug auf die Empfehlungen der UEK, welche am 2. September 2019 veröffentlicht wurden, wird die Politik und auch der Bundesrat gefragt sein, darauf Antworten zu geben. Letzteres werde nicht zuletzt auch von einer Interpellation Rechsteiner gefordert (19.4271)³. Eine entsprechende Antwort des Bundesrates sei zurzeit in Vorbereitung.
- Betreffend die „Verlängerung“ bzw. Aufhebung der Frist zur Einreichung von Gesuchen um einen Solidaritätsbeitrag seien die Motion 18.4295 von Nationalrat Beat Jans⁴ sowie die parlamentarische Initiative 19.471 von Ständerat Raphael Comte⁵ zu erwähnen. Letztere werde Ende Oktober 2019 in der Kommission für Rechtsfragen des Ständerates und voraussichtlich Mitte November in der Schwesterkommission des Nationalrates behandelt. Falls dieser Initiative Folge gegeben wird, dürfte das anschliessende Gesetzgebungsverfahren aber zeitaufwändiger sein als bei der Gesetzesanpassung betreffend EL-Berechnung. Ungewiss sei deshalb zurzeit noch, ob der Initiative Folge gegeben werde und ob dann das Parlament dereinst einer „Fristverlängerung“ (bzw. Neuansetzung einer Frist) bzw. einer Streichung der Frist im Gesetz zustimmen würde. Ein erster Hinweis auf die politischen Realisierungschancen einer solchen Gesetzesänderung könnten sich aus dem Stimmenverhältnis bei der Abstimmung in den jeweiligen Kommissionen ergeben.

Der Präsident weist darauf hin, dass das Ziel sei, bis Ende Jahr die Bearbeitung der *rechtzeitig eingereichten Gesuche* grundsätzlich abzuschliessen. Die Arbeiten seien nach wie vor auf Kurs, so dass das Ziel erreicht werden dürfte, sieht man von den wenigen speziellen Fällen ab, bei denen z.B. noch letzte umfangreichere Aktensuchen laufen oder Einsprache- bzw. Beschwerdeverfahren hängig sind. Die nächste bzw. bisher letzte Sitzung der beratenden Kommission ist auf den 26. November 2019 festgelegt. Es erscheint aber erforderlich, noch eine zusätzliche Sitzung am 18. Dezember 2019 durchzuführen. Allfällige weitere Daten für nächstes Jahr werden per Mail mitgeteilt. Die Kommission stimmt dem Anliegen zu.

Im Weiteren informiert der Präsident darüber, dass das Schweizer Fernsehen eine DOK-Sendung über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen (insbesondere über die Wiedergutmachungsinitiative) plane. Darin soll auch kurz auf die Arbeit in der beratenden Kommission eingegangen werden. Die Mitglieder der beratenden Kommission haben keine Einwände, dass anlässlich der nächsten Sitzung zu diesem Zweck eine kurze Filmsequenz gedreht werden kann; selbstredend dürfen dabei keine Personendaten genannt werden.

² Weitere Informationen: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20190476>

³ Weitere Informationen: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20194271>

⁴ Weitere Informationen: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20184295>

⁵ Weitere Informationen: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20190471>

2. Diskussion einer Grundsatzfrage (a) und von Einzelfalldossiers, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung oder ein Nichteintreten vorsieht bzw. von Grenzfällen (d)

a) Gemäss Art. 1 Abs. 2 AFZFG⁶ gilt das Gesetz auch für Personen, die von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen betroffen waren, die vor 1981 veranlasst, aber erst danach vollzogen worden sind. Anhand von mehreren Beispielfällen wird die Frage diskutiert, wie diese Bestimmung auszulegen sei bzw. welche Fallkonstellationen davon erfasst seien. Nach längerer Diskussion einigt sich die Kommission – im Sinne eines Zwischenresultates – darauf, dass Vorkommnisse nach 1981 nur dann noch in den Geltungsbereich des Gesetzes fallen, wenn es eine genügend zeitnahe *und* inhaltlich genügend intensive Verknüpfung der Massnahme/n nach 1981 mit der(n)jenigen vor 1981 gibt. Die ersteren müssen sich als eine unmittelbare bzw. direkte Folge der Ereignisse vor 1981 herleiten lassen. Ob dies der Fall ist, ist immer anhand der konkreten Umstände des Einzelfalls zu prüfen. Umgekehrt bedeutet dies: Besteht zwischen den Massnahmen vor und nach 1981 weder in zeitlicher noch inhaltlicher Sicht ein ausreichender Zusammenhang, so können die Ereignisse nach 1981 – so schwer diese aus Sicht der betroffenen Person auch wiegen mögen – nicht berücksichtigt werden und auf das Gesuch um einen Solidaritätsbeitrag ist nicht einzutreten.

Die Diskussion wird anhand von weiteren konkreten Fallbeispielen noch weiterzuführen sein.

b) Der Präsident hält in Bezug auf die seit der letzten Sitzung versandten Monatslisten mit vorgesehenen Gutheissungen und klaren Nichteintretensfällen fest, dass in Bezug auf die August- und September-Listen 2019 keine Einwände seitens der Kommissionsmitglieder eingetroffen seien.

c) Bei der letzten Kommissionssitzung gab es noch 3 Gesuche, die nicht abschliessend behandelt werden konnten, weil noch Informationen beschafft bzw. Abklärungen getätigt werden mussten. Der Fachbereich FSZM informiert darüber, dass in 2 Fällen die Zusatzabklärungen noch nicht vollständig seien. Im dritten Fall seien diese zwar teilweise vorhanden; nach eingehender Diskussion beschliesst die Kommission jedoch, das Ergebnis der restlichen Abklärungen abzuwarten, bevor eine Empfehlung abgegeben werde.

d) Für die heutige Sitzung wurden der beratenden Kommission insgesamt 29 weitere Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung (18 Fälle) oder ein Nichteintreten (3 Fälle, wobei einer davon alternativ zur Abweisung vorgesehen ist) vorsieht bzw. eine Diskussion von Grenzfällen (8 Fälle) vorschlägt. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission:

- 7 Gesuche gutzuheissen;
- 17 Gesuche abzuweisen;
- auf 1 Gesuch nicht einzutreten, weil sich der Sachverhalt erst nach 1981 ereignet hat;
- die Behandlung von 4 Gesuchen zu verschieben, bis weitere Abklärungen erfolgt sind.

3. Stand der vom Fachbereich FSZM vorgeprüften bzw. von der beratenden Kommission behandelten Gesuche

Der Präsident orientiert, dass bis zur letzten Sitzung vom 27. August 2019 von der beratenden Kommission insgesamt 7185 Gesuche geprüft worden seien.

⁶ Bundesgesetz vom 30. September 2016 über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG; SR 211.223.13).

Gestützt auf die entsprechenden Monatslisten August 2019 und September 2019 seien auf dem Zirkularweg insgesamt 863 weitere Gesuche, bei denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung vorsah, behandelt worden.

Hinzu würden 16 Fälle kommen, bei denen auf das Gesuch klarerweise nicht eingetreten werden könne, weil die geltend gemachten Massnahmen erst nach 1981 veranlasst und vollzogen worden seien bzw. offensichtlich keinerlei Massnahme im Sinne des Gesetzes vorlägen und somit das Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG) nicht anwendbar sei. Diese Fälle seien von der beratenden Kommission ebenfalls auf dem Zirkularweg geprüft worden (vgl. entsprechende Monatslisten August 2019 und September 2019).

Für die heutige Sitzung seien 29 Gesuche traktandiert worden (vgl. Ziff. 2.d).

Der aktuelle Stand der von der beratenden Kommission bis heute behandelten Gesuche betrage nunmehr total 8093 Gesuche.

Überdies seien zum heutigen Zeitpunkt bereits wieder über 280 weitere Gesuche auf der Oktober-Liste, bei denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung vorsehe. Diese Liste werde anfangs November 2019 an die Kommissionsmitglieder zur Behandlung auf dem Zirkularweg versendet.

Der Präsident weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die rund 9000 Gesuche, welche beim BJ rechtzeitig (d.h. vor Ablauf der gesetzlichen Einreichfrist am 31. März 2018) eingegangen seien, grundsätzlich bis Ende Jahr bearbeitet sein müssen. Es sehe so aus, dass dieses Ziel auch erreicht werde. Mittlerweile seien beim BJ zudem rund 230 weitere Gesuche eingegangen, welche erst nach Ablauf der gesetzlichen Frist eingereicht worden seien.

4. Selbsthilfe-Projekte

Reto Brand informiert, dass die Theatercompany «Texte und Töne» im November 2019 im Raum Basel das Theaterstück «Ver-Ding» zur Aufführung bringe (weitere Aufführungen im Frühjahr 2020). Die Geschichte basiere auf Büchern von zwei ehemaligen Verdingkindern.⁷

Ein Vorschlag des BJ zur Bündelung der Aktivitäten von zwei Projekten mit ähnlichen Zielsetzungen sei leider nicht erfolgreich gewesen.

Ein Projekt zur Thematik der Übertragung von Traumata auf die nächste Generation sei zurückgezogen worden.

5. Verschiedenes

Die nächste Sitzung der beratenden Kommission findet am Dienstag, 26. November 2019, ab 10 Uhr, im BJ statt.

Der Präsident dankt allen Mitgliedern für die aktive Teilnahme und die konstruktive Zusammenarbeit an der heutigen Sitzung. Er schliesst diese um 16.30 Uhr.

⁷ Weitere Informationen: <https://texteundtoene.ch/projekte/ver-ding/>



Procès-verbal

Référence / Numéro de dossier : COO.2180.109.7.297129 / 924/2018/00002

Date :

21 novembre 2019

Destinataires :

Membres de la Cocosol et autres participants à la
séance mentionnés ci-dessous

Procès-verbal de la 14^e séance de la commission consultative (Cocosol) du 22 octobre 2019

Présidence :	Luzius Mader	Président Ancien délégué du DFJP aux victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance et ancien directeur suppléant de l'OFJ
Membres :	Elsbeth Aeschlimann	Ancienne représentante des points de contact cantonaux
	Urs Allemann-Cafilisch	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate, personne concernée
	Laetitia Bernard	Collaboratrice du centre de consultation LAVI du canton de Fribourg, ancienne membre du fonds d'aide immédiate
	Guido Fluri	Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la réparation, personne concernée (absent l'après- midi)
	Barbara Studer Immen- hauser	Archiviste cantonale du canton de Berne et présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'archives suisses (CDA)
	Christian Raetz	Chef du Bureau cantonal de médiation du canton de Vaud
	Maria Luisa Zürcher	Ancienne membre du comité du fonds d'aide immédiate
Excusée :	Lisa Yolanda Hilafu	Présidente de Zwangsadoption-Schweiz, personne concernée
Ex officio :	Reto Brand	OFJ / chef de l'unité MCFA
Procès-verbal :	Simone Anrig	OFJ / unité MCFA

1. Accueil et informations générales

Le président ouvre la séance à 10 heures et souhaite la bienvenue aux membres de la commission consultative. Lisa Hilafu a dû s'excuser pour la journée, mais elle a remis une prise de position détaillée et nuancée au sujet des cas mis à l'ordre du jour (voir le ch. 2.d). Le président apprécie son précieux travail et lui adresse ses plus vifs remerciements.

Le procès-verbal de la séance de la commission du 27 août 2019 a déjà été approuvé par voie de circulaire.

Les documents de la séance ont été envoyés aux membres environ deux semaines plus tôt. Tous semblent les avoir reçus en temps voulu.

Le président fait savoir que la journée de clôture de la Commission indépendante d'experts (CIE) sur les internements administratifs a eu lieu le 2 septembre 2019. Certains membres de la Cocosol y ont participé. La CIE a publié son rapport final et différentes recommandations¹.

En sa qualité de représentant de la Confédération au sein du comité de direction du PNR 76, le président a organisé, le 6 septembre 2019, une séance d'information adressée à tous les services administratifs intéressés (représentants des offices fédéraux et de la CIE, archives d'État, points de contact, p. ex.) pour faire le point de l'état d'avancement des travaux (surtout étude scientifique). Les informations ont porté principalement sur les projets menés dans le cadre du PNR 76, sur leur déroulement et sur le transfert de connaissances prévu, et accessoirement sur les travaux de la CIE et de l'unité MCFA.

Le président mentionne par ailleurs qu'une séance du comité de direction du PNR 76 a eu lieu le 16 octobre 2019 et que des informations sur les « site visits », ou visites sur place, ont été fournies à cette occasion. Lors de ces visites, les membres du comité de direction se rendent chez les chercheurs, qui les mettent au courant des travaux en cours. Le président constate que ces visites marchent bien dans l'ensemble.

Le président indique en outre que le Tribunal administratif fédéral a rendu un premier arrêt dans le domaine des mesures de coercition à des fins d'assistance et de placements extrafamiliaux, le 7 octobre 2019 : il a rejeté le recours déposé par une personne présumée avoir été placée dans son enfance, qui avait remis sa demande de contribution de solidarité trop tard (c'est-à-dire après l'écoulement du délai légal du 31 mars 2018). Il a retenu dans son arrêt que les autorités étaient tenues d'appliquer les délais légaux et que ceux-ci ne pouvaient pas être prolongés. La restitution du délai n'est possible que dans des cas exceptionnels dûment motivés. Dans le cas concret, le tribunal a constaté que la méconnaissance de la situation juridique, même pour une personne domiciliée à l'étranger, n'était pas un motif suffisant pour restituer le délai. Le recourant n'a pas pu démontrer de façon convaincante pourquoi il a été dans l'impossibilité de se mettre au courant de la situation juridique. Simultanément, le tribunal a attiré l'attention sur les démarches politiques en cours visant à prolonger voire à supprimer le délai et a conclu que le recourant pourrait le cas échéant déposer une nouvelle demande auprès de l'OFJ si ces démarches aboutissaient.

Reto Brand fait le point sur plusieurs initiatives et interventions parlementaires récentes (un aperçu sera envoyé aux membres de la commission consultative par e-mail dans les prochains jours), qui touchent les points suivants :

- La prise en compte de la contribution de solidarité en tant qu'élément de la fortune lors du calcul des prestations complémentaires est considéré comme choquante (voir à ce sujet les explications données dans le procès-verbal précédent) et devrait être corrigée

¹ Voir la page <https://www.uek-administrative-versorgungen.ch/recherche/rapport-final?filter=0>.

rapidement par le biais d'une révision partielle de la LMCFA². L'initiative 19.476 de la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil des États (CSSS-E)³ fait l'objet d'un traitement d'urgence et devrait pouvoir être mise à l'ordre du jour de la session d'hiver (si possible parallèlement dans les deux chambres). La CSSS-E publiera vraisemblablement un court communiqué à ce sujet le 29 octobre 2019. Le fait qu'il en résulte une inégalité de traitement par rapport aux victimes d'infractions, qui touchent une réparation morale en vertu de la loi fédérale sur l'aide aux victimes d'infractions (LAVI) est un problème qui n'a pas été réglé, car la nouvelle réglementation ne concernerait pas ces victimes.

- Les milieux politiques et le Conseil fédéral sont appelés à apporter des réponses aux recommandations publiées par la CIE le 2 septembre 2019. L'interpellation Rechsteiner (19.4271)⁴ va également dans ce sens ; la réponse du Conseil fédéral est en préparation.
- La « prolongation » voire la suppression du délai de dépôt pour les demandes visant à obtenir une contribution de solidarité font également l'objet de la motion 18.4295 du conseiller national Beat Jans⁵ et de l'initiative parlementaire 19.471 du député aux États Raphaël Comte⁶. Cette dernière sera traitée fin octobre 2019 par la Commission des affaires juridiques du Conseil des États et probablement vers la mi-novembre par la commission homologue du Conseil national. S'il est donné suite à l'initiative, la procédure législative qui en découlera risque d'être plus compliquée que l'adaptation de la loi concernant le calcul des prestations complémentaires. À l'heure actuelle, on ne peut pas encore dire s'il sera donné suite à l'initiative et si le Parlement sera plutôt favorable à une « prolongation » (plus précisément à la fixation d'un nouveau délai) ou à la suppression du délai légal. Les résultats de vote dans les commissions fourniront de premières indications quant aux chances de succès d'une modification de loi en ce sens.

Le président souligne que l'objectif est d'avoir traité d'ici à la fin de l'année toutes les *demandes déposées dans les délais*. Les travaux avancent comme prévu, si bien que l'objectif pourra être atteint sauf dans quelques cas particuliers pour lesquels, par exemple, les dernières recherches approfondies de dossiers sont encore en cours ou des procédures d'opposition ou de recours sont pendantes. La prochaine – et pour l'instant dernière – séance de la Cocosol est fixée au 26 novembre 2019. Il semble cependant nécessaire de prévoir une séance supplémentaire, que le président fixe au 18 décembre 2019. D'éventuelles autres dates pour l'année prochaine seront communiquées par courrier électronique. La commission approuve la proposition.

Le président annonce pour finir que la télévision suisse allemande prépare un documentaire sur le travail de mémoire réalisé en lien avec les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placement extrafamiliaux (et plus spécifiquement sur l'initiative sur la réparation). Le travail de la Cocosol sera aussi présenté dans ce cadre. Les membres de la commission n'ont pas d'objections à ce qu'une courte séquence soit filmée lors de la prochaine séance ; il va de soi qu'aucune donnée personnelle ne devra être mentionnée.

² Loi fédérale du 30 septembre 2016 sur les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux antérieurs à 1981 (LMCFA ; RS 211.223.13).

³ Pour de plus amples informations : <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20190476>

⁴ Pour de plus amples informations : <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20194271>

⁵ Pour de plus amples informations : <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20184295>

⁶ Pour de plus amples informations : <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20190471>

2. Discussion d'une question de principe (a) et des dossiers individuels pour lesquels l'unité MCFA propose un rejet ou une non-entrée en matière (b, c) ainsi que des cas limites (d)

a) Conformément à l'art. 1, al. 2, LMCFA, la loi s'applique également aux personnes touchées par des mesures qui, bien qu'ordonnées avant 1981, n'ont été exécutées qu'ultérieurement. Exemples à l'appui, la commission discute longuement de l'interprétation à donner à cette disposition et des types de cas sur lesquels elle porte. Les membres s'accordent finalement à conclure – provisoirement – que les mesures exécutées après 1981 ne tombent dans le champ d'application de la loi que si elles sont suffisamment rattachées, tant du point de vue temporel que matériel, à celles ordonnées avant 1981. Les premières doivent être une conséquence directe des secondes. Pour déterminer si tel est le cas, il faut toujours examiner les circonstances concrètes du cas donné. En d'autres termes, si les mesures exécutées après 1981 et celles ordonnées avant cette date ne sont pas liées suffisamment du point de vue temporel ou matériel, les mesures exécutées ne peuvent pas être prises en considération – même si elles pèsent énormément aux yeux des personnes concernées – et il ne peut pas être entré en matière sur la demande d'octroi d'une contribution de solidarité.

La discussion devra encore être approfondie sur la base d'autres exemples concrets.

b) Le président relève qu'aucun membre de la commission n'a opposé d'objection aux propositions de l'OFJ concernant les demandes à approuver et celles jugées irrecevables qui figurent sur les listes d'août et de septembre 2019, envoyées après la dernière séance.

c) À l'issue de la dernière séance, il restait encore 3 demandes qui n'avaient pas pu être traitées définitivement parce qu'elles nécessitaient des informations ou des vérifications complémentaires. L'unité MCFA indique qu'il manque toujours des données pour deux d'entre elles. Les informations manquantes ont pu être obtenues en partie pour la troisième demande, mais la commission décide, après une discussion approfondie, d'attendre les résultats des dernières recherches avant d'émettre une recommandation.

d) 29 demandes ont été soumises à la commission aujourd'hui. L'unité MCFA propose un rejet dans 18 cas et une non-entrée en matière dans 3 cas (l'une des trois pouvant aussi être rejetée) et soumet à la discussion 8 cas limites. Après une discussion minutieuse de chacun des dossiers, la commission émet la recommandation suivante :

- approbation de 7 demandes ;
- rejet de 17 demandes ;
- non-entrée en matière dans 1 cas, parce que les faits se sont produits après 1981 ; et
- renvoi de 4 demandes en attendant des éclaircissements.

3. État des demandes pré-examinées par l'unité MCFA et traitées par la commission consultative

Le président informe que la commission consultative avait examiné 7185 demandes au 27 août 2019, date de la dernière séance.

863 autres demandes considérées par l'unité MCFA comme méritant approbation et énumérées sur les listes d'août et de septembre 2019 ont depuis été traitées par voie de circulaire.

À ces chiffres s'ajoutent 16 demandes qui étaient clairement irrecevables parce que leurs auteurs invoquaient des mesures ordonnées et exécutées après 1981 ou ne faisaient pas valoir de mesures au sens de la LMCFA et que celle-ci n'était par conséquent pas

applicable. Ces dossiers ont également été soumis à l'examen de la commission par voie de circulaire (voir les listes d'août et de septembre 2019).

29 demandes figurent à l'ordre du jour de la séance d'aujourd'hui (cf. ch. 2d).

Le total des demandes traitées par la commission s'élève donc désormais à 8093.

Par ailleurs, plus de 280 demandes que l'unité MCFA propose d'accepter figurent déjà sur la liste d'octobre, qui sera envoyée aux membres de la commission début novembre pour traitement par voie de circulaire.

Le président rappelle que les quelque 9000 demandes qui ont été déposées auprès de l'OFJ dans les délais (à savoir avant l'échéance du délai légal du 31 mars 2018) doivent avoir été traitées d'ici à la fin de l'année. Il semble que cet objectif pourra être atteint. Dans l'intervalle, 230 nouvelles demandes remises après le délai légal sont parvenues à l'OFJ.

4. Projets d'entraide

Reto Brand mentionne que la compagnie de théâtre « Texte und Töne » jouera en novembre 2019, dans la région bâloise, une pièce intitulée « Ver-Ding », qui se fonde sur les témoignages écrits de deux auteurs qui ont été placés de force quand ils étaient enfants (d'autres représentations suivront au printemps 2020)⁷.

La proposition de l'OFJ de fusionner deux projets qui poursuivaient des objectifs similaires n'a malheureusement pas abouti.

Un projet visant à thématiser la transmission transgénérationnelle des traumatismes a été retiré.

5. Divers

La prochaine séance de la commission consultative aura lieu le mardi 26 novembre 2019 à 10 h, à l'OFJ.

Le président remercie tous les membres de la commission pour leur participation active et leur collaboration constructive et clôt la séance à 16h30.

⁷ Pour de plus amples informations : <https://texteundtoene.ch/projekte/ver-ding/> (en allemand)